



# Landes-SGK EXTRA Bayern

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Bayern e.V.

## Lösung für die Wohnraumnot?

### Der Wohnungspakt Bayern der Staatsregierung

**Autor** Roland Eichmann, Erster Bürgermeister in Friedberg

Die Ballungs- und Zuzugsregionen in Bayern leiden massiv unter einem akuten Wohnungsmangel. Wo die Wirtschaft sich gut entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden, ist Wohnraum aufgrund des Zuzugs mittlerweile so ein knappes und teures Gut, dass der Jahrzehnte ungebremste Zuwachs an Quadratmetern Wohnfläche pro Einwohner mittlerweile mindestens stagniert, wenn nicht rückläufig ist. Deutschlandweit, so das Pestel-Institut in einer neuen Studie, fehlen 400.000 Wohnungen – und diese Prognose erfolgte noch vor dem großen Anstieg der Flüchtlingszahlen im Sommer vorigen Jahres.

Die CSU-Staatsregierung hatte zwar 2014 zum „Jahr des sozialen Wohnungsbaus“ ausgerufen – passiert ist aber fast nichts. Erst am 15. Dezember 2015 und leider erst unter dem Eindruck des zusätzlichen immensen Wohnungsbedarfs durch die große Zahl an Flüchtlingen hat der Ministerrat den Wohnungspakt Bayern beschlossen. Das Ziel sind 28.000 neu gebaute Wohnungen bis 2019. Der Wohnungspakt sieht drei sogenannte „Säulen“ vor.

In der ersten Säule verpflichtet sich die Staatsregierung zu einem Sofortprogramm durch den Freistaat. Mit 70 Millionen Euro sollen in diesem

Jahr schnell einfache Kleinstwohnungen und Wohnheimplätze für ca. 3300 anerkannte Asylbewerber/innen geschaffen werden mit einer Standzeit von ca. zehn Jahren. Bisher sind zehn Standorte in Bayern in Planung, bei einem Projekt ist der Spatenstich schon erfolgt.

#### Kommunales Förderprogramm

Die zweite Säule ist das Kommunale Förderprogramm. Mit einem Finanzvolumen von 600 Millionen Euro bis 2019 soll ein Anreiz für die Errichtung von bis zu 6000 Wohnungen durch die Kommunen und in Kooperation von Kommunen mit den Kirchen gesetzt werden. Die Bedingungen

#### Inhalt

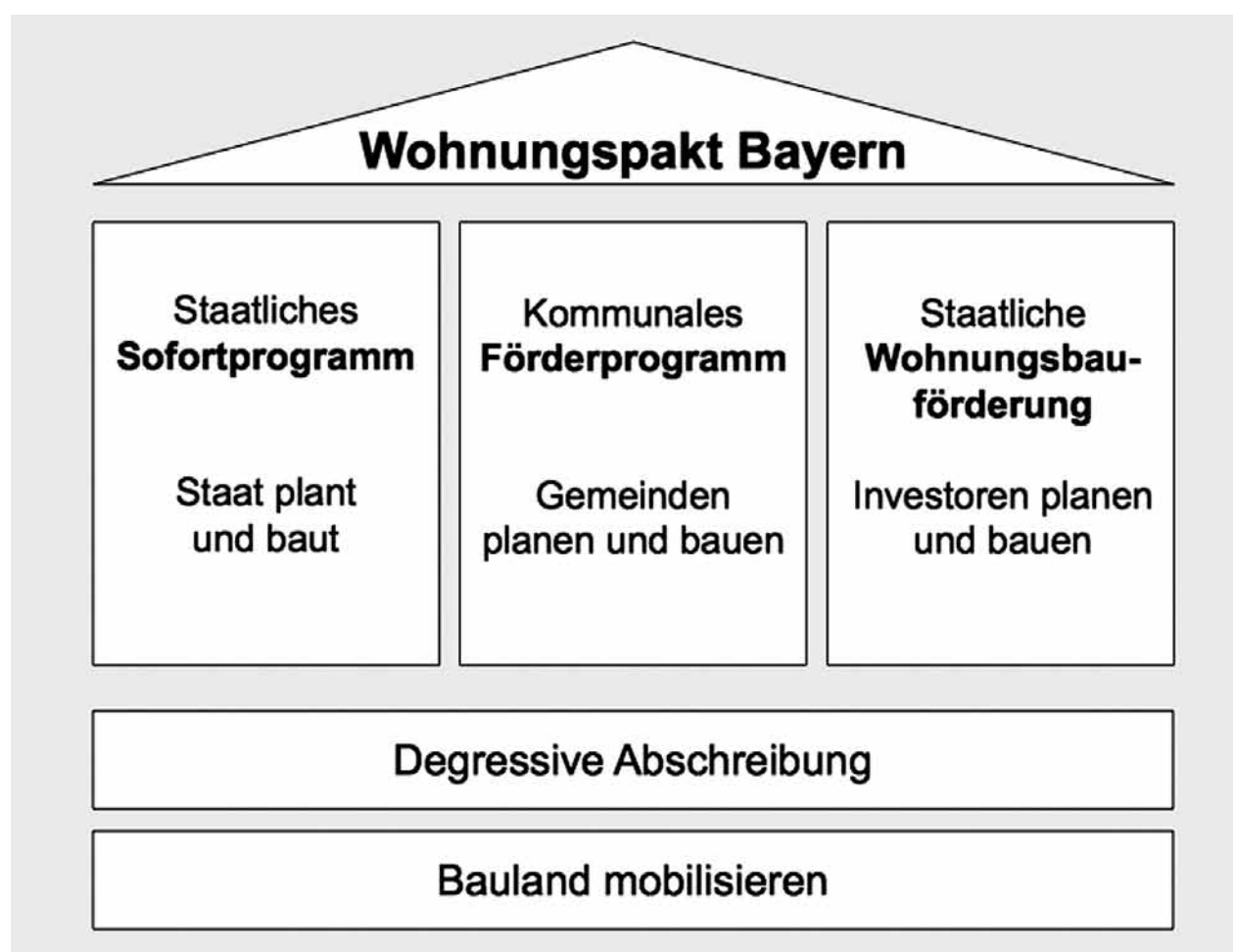
Lösung für die Wohnraumnot?

Der Bezirk Mittelfranken

sind noch nicht im Detail festgelegt. Klar ist aber, dass es sich um zusätzliche, neue Projekte handeln muss. Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten werden mit einem Zuschuss von 30 Prozent gefördert, 60 Prozent können mit einem zinsverbilligten Darlehen finanziert werden und 10 Prozent sind als Eigenanteil beizusteuern. Ausschließlich Kommunen erhalten eine Förderung, aus beihilferechtlichen Gründen sind private Unternehmen, auch Wohnungsbau-gesellschaften in kommunalem Besitz, ausgeschlossen. Die Kommune muss dafür die Miethöhe an der Angemessenheitsgrenze für das Alg II orientieren und darf für 20 Jahre nur an einkommensschwache Haushalte vermieten. Dabei sind anerkannte Asylbewerber „angemessen“ zu berücksichtigen.

Die zweite Säule klingt nach einer sehr interessanten Förderung, allerdings wurde bereits von Regierungsbeamten mitgeteilt, angesichts der Förderbedingungen seien sie nicht sicher, ob nicht die dritte Säule des Wohnungspaktes sich finanziell als die bessere Förderkulisse herausstellen würde.

Mit der dritten Säule wird die bereits bekannte Förderung des Sozialen Wohnungsbaus in den Wohnungspakt integriert, die sich an privatrechtliche Unternehmen der Woh-



nungswirtschaft richtet. Die Mittel hierfür sollen um 56 Millionen Euro pro Jahr auf 547 Millionen Euro 2019 steigen und so alleine 2016 2500 Wohnungen zusätzlich finanzieren. Zusätzlich zu den bisherigen Förderungen wurde zum 1.1.2016 aus den neuen Zuschüssen von 200 Euro pro m<sup>2</sup> und dem ebenfalls neuen Zuschuss von 300 Euro pro m<sup>2</sup> für Wohnungen für anerkannte Asylbewerber ein allgemeiner Zuschuss von 300 Euro pro m<sup>2</sup> für alle Förderungen der Säule 3. Die Bindung beträgt 25 Jahre.

**Zwei Varianten**

Es gibt zwei Fördermöglichkeiten: Die Aufwendungsorientierte Förderung (AOF) beinhaltet ein Darlehen an den Projektträger in Höhe von 1000 Euro pro m<sup>2</sup> geförderte Wohnfläche bei Neubauten und 670 Euro pro m<sup>2</sup> bei Aus- und Umbauten. Die Berechnung der tatsächlichen För-

derhöhe mit einem Zinssatz von 0,5 Prozent erfolgt anhand einer konkreten Berechnung des Aufwands und Ertrags des jeweiligen Projekts und geht bis zu 85 Prozent der Projektkosten, die restlichen 15 Prozent sind Eigenanteil, der mindestens aufzubringen ist. Die AOF eignet sich vor allem für ländliche Regionen mit niedrigen Mieten und spielt in Südbayern kaum eine Rolle. Alleine für spezielle Zielgruppen wie Seniorenwohnanlagen oder für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, deren Einkommen sich auf längere Sicht nicht verändern, ist sie auch dort von Interesse.

Aus der Erfahrung der Fehlbelegung von gebundenem Mietwohnraum ist die Einkommensorientierte Förderung (EOF) entwickelt worden. Die EOF geht davon aus, dass sich die Einkommen der Haushalte im Laufe der Jahre verändern und gestaltet da-

her auch die Förderung entsprechend aus. Für die Baukosten (Kostengruppen 300 und 400) ist eine Obergrenze von 1870 Euro je m<sup>2</sup> Wohnfläche (ohne Garagen und weitere Nebenanlagen) einzuhalten. Die Hälfte dieser Summe wird als vergünstigtes Darlehen mit aktuell 0,5 Prozent Zins an den Projektträger ausgereicht, kann aber durch beispielsweise rollstuhlgerechten Ausbau noch erhöht werden. Hinzu kommt die Zusatzförderung mit einem laufenden Zuschuss für die Miethaushalte, die je nach Einkommen in drei Stufen eingeteilt und deren Mietzahlungen von der Bewilligungsstelle bei den Regierungen bzw. den Großstädten festgelegt werden. Spätestens alle drei Jahre sollte die zuständige Kreisverwaltungsbehörde anhand der Einkommensnachweise die Förderung neu prüfen. Die Differenz zur ortsüblichen Miete wird dann bezuschusst. Die Finanzierung der Mietsubvention

erfolgt über ein verpflichtendes Darlehen an den Projektträger mit einem Zinssatz von zurzeit 2,75 Prozent.

**Fazit:** Insgesamt ist die Initiative der Staatsregierung zu begrüßen. Sie ermöglicht über die dritte Säule einen ausreichend finanzierten Sozialen Wohnungsbau, wenn die Wohnungsbauunternehmen ohne (!) die Grundstückskosten arbeiten können. Ansonsten zeigt sich an konkreten Projekten, dass ein Defizit bleibt, das gedeckt werden muss. Insofern bleibt neben der Verknüpfung mit der Flüchtlingsfrage zu kritisieren, dass der Wohnungspakt Bayern auf halber Strecke stehen bleibt. Angesichts der weiterhin zunehmenden Verteuerung der Wohnbauflächen in den Ballungsräumen wird dieser weiteren Sozialen Wohnungsbau im benötigten Umfang kaum möglich machen.

# Der Bezirk Mittelfranken

„Frank und frei leben wollten sie stets“

**Autorin** Gisela Niclas, SPD Bezirksrätin, Fraktionsvorsitzende

Wie in den vorangegangenen Ausgaben der DEMO stellt auch in dieser Ausgabe eine SPD-Bezirksrätin ihren Regierungsbezirk vor und gibt uns einen Einblick in das politische sowie kulturelle Geschehen vor Ort.

„Frank und frei ...“: Mit der Überschrift aus einem Aufsatz des Historikers Dr. Walter Lehnert im Kompendium „Mittelfranken – der Bezirk“, erschienen 1984, soll unterstrichen werden: Wir Franken sind das Gegengewicht zum Zentralismus in Bayern.

**Vielfältiges Mittelfranken**

Aus Mittelfranken kommen nicht nur die berühmten Nürnberger Rostbratwürste; es ist auch die Heimat des MP3-Players; einst ausgedacht im Erlanger Fraunhofer Institut, hat er längst die ganze Welt erobert. Zu Mittelfranken gehören die Frankenalb, die Städteregion Nürnberg, das Romantische Franken, die Fränkische Seenplatte. Als geografisch zweitkleinster Bezirk zählt der Bezirk mit

## SPD-Bezirkstagsfraktion Mittelfranken



  
Christa  
Naaß

  
Gisela  
Niclas

  
Wolfgang  
Beigel

  
Dr. Horst  
Krömker

  
Ronald  
Reichenberg

  
Amely  
Weiß

  
Elke  
Zahl

[www.spd-bezirkstag.de](http://www.spd-bezirkstag.de)  
[info@spd-bezirkstag.de](mailto:info@spd-bezirkstag.de)

Die SPD-Bezirkstagsfraktion Mittelfranken bestehend aus: Christa Naaß, Gisela Niclas, Wolfgang Beigel, Dr. Horst Krömker, Ronald Reichenberg, Amely Weiß und Elke Zahl  
Foto: Mabe Medienagentur

rund 1,8 Mio. EinwohnerInnen aber zu den bevölkerungsreichsten. Er ist geprägt von ländlichen Gebieten und dem industriellen Ballungszentrum entlang der Städteachse Erlangen, Fürth, Nürnberg, Schwabach. Es gibt fünf kreisfreie Städte, sieben Landkreise und 205 kreisangehörige Gemeinden. Bezirkshauptstadt und Sitz des Regierungsbezirks ist Ansbach. Der 2005 gegründeten Metropolregion Nürnberg gehört auch der Bezirk als Mitglied an. Der Bezirk mit allen Einrichtungen und rund 4500 Beschäftigten ist einer der größten Arbeitgeber der Region.

Der industrielle Strukturwandel der letzten Jahrzehnte hat tausende von Arbeitsplätzen gekostet. Lange hat der Freistaat hierauf nicht angemessen mit Wirtschafts- und Infrastrukturförderung reagiert. Das Gefälle von Süden nach Norden wird trotz der Verbesserungen seit den neunziger Jahren auch 2016 noch immer sichtbar an der unterschiedlichen Entwicklung der Umlagekraft der Bezirke. Mittelfranken liegt im unteren Drittel.

### Der Bezirkstag: Bunt gemischt, keine Nazis

Durch die Zuteilung von Überhang- und Ausgleichsmandaten ist es nach der Wahl 2013 zu einer Erhöhung der Sitze von 24 auf 30 gekommen. Durch das neue d'hondtsche Auszählverfahren ist der Bezirkstag 2013ff. so bunt wie nie zuvor: CSU 12, SPD 7, Bündnis 90/Die Grünen 3, FW 3, FDP, ÖDP, Franken, Piraten, Linke je 1. Ein Erfolg der Demokratie: Keine rechtsextreme Gruppierung im Bezirkstag! Die CSU stellt erneut den Bezirkstagspräsidenten. In geschickter Nutzung der neuen Konstellation konnte die SPD ohne Koalitionsvereinbarung Christa Naaß als stellvertretende Bezirkstagspräsidentin durchsetzen. Bis heute gibt es keine festen Koalitionen.

### Die Bezirksumlage für 2016 sinkt um 1,3 Punkte

Unsere beiden Ziele, ausreichende Finanzierung der notwendigen Hilfen für die Menschen und Rücksichtnahme auf die Haushalte der Umlagezahler, konnten wir als SPD im Haushalt 2016 umsetzen. Die Bezirksumlage sinkt um 1,3 Hebesatzpunkte auf 22,9. Der Haushalt

hat ein Volumen von rund 825,4 Millionen Euro. Der kamerale Verwaltungs- und Vermögenshaushalt umfasst rund 822,2 Millionen Euro. Spitzenreiter im Verwaltungshaushalt mit rund 801,4 Millionen Euro ist mit 711,5 Millionen Euro oder 89 Prozent der Sozialetat.

Der Vermögenshaushalt mit 20,8 Millionen Euro beinhaltet Investitionen für die Generalsanierung des Zentrums für Hörgeschädigte, die Errichtung des Fachzentrums für Energie und Landtechnik an den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf und für die Erweiterung des Bezirksrathauses. Ein Teil der Investitionskosten wird über Kredite finanziert. Bei den minimalen Zinsen, die derzeit für Kommunkredite anfallen, hält die SPD dies nicht nur finanzpolitisch für sinnvoll, es entlastet auch die Umlagezahler. Der Haushalt der „Mittelfranken-Stiftung Natur-Kultur-Struktur“ hat ein Volumen von 3,2 Millionen Euro. Die Kliniken Ansbach, Erlangen und Engelthal bilden seit 2005 das Kommunalunternehmen Bezirkskliniken Mittelfranken und haben einen eigenen Haushalt.

### Inklusion braucht Information und Beteiligung

Die Aufgaben im Sozialbereich sind in allen Bezirken gleich. Unterschiedlich sind die Zahlen: Für 34.000 HilfeempfängerInnen wendet der Bezirk 433,7 Millionen Euro an Eingliederungshilfe auf und für rund 7000 Pflegebedürftige 112,7 Millionen Euro für Hilfe zur Pflege. Mittelfranken hat im Vergleich zu anderen Bezirken die höchste Zahl an HilfeempfängerInnen.

Mit dem Sozialatlas bietet der Bezirk auf seiner Homepage einen umfassenden Überblick über soziale Einrichtungen und Dienste. Bei der Nutzung des persönlichen Budgets ist der Bezirk Mittelfranken führend. 2013 wurde der Sachverständigenkreis im Sozialausschuss um eine Vertretung der kommunalen Behindertenbeiräte erweitert. Auf Antrag der SPD gibt es in Mittelfranken künftig einen Inklusionspreis und bereits seit Ende 2015 eine Stabsstelle „Inklusion“; unter Einbeziehung der Erfahrungen von Menschen mit Behinderung soll der

Inklusionsbeauftragte in Verwaltungen, Einrichtungen; Bildungs- und Freizeitstätten Teilhabebarrrieren erkennen, abbauen oder von vorne herein vermeiden.

2012 hat auf Antrag der SPD-Fraktion ein Fachtag „Ambulantisierung“ stattgefunden. Konzeptionelle Überlegungen der Verwaltung und die Beiträge der TeilnehmerInnen aus allen Bereichen der Eingliederungshilfe wurden im Rahmenkonzept „Ambulant leben in Mittelfranken“ zusammengefasst und im Juli 2013 beschlossen. Auf dieser Grundlage wurde inzwischen das Projekt „Umsetzung des Rahmenkonzepts in Modellregionen“ begonnen. Drei Jahre lang wird unter der Moderation des Bezirks in zwei Landkreisen, einer kleineren Stadt und der Großstadt die praktische Umsetzung erprobt. Das Projekt wird vom Lehrstuhl Diversitätssoziologie an der TU München I evaluiert mit dem Ziel, eine Richtschnur

zu entwickeln für die sozialraumorientierte Gestaltung der Eingliederungshilfe im Bezirk.

### Wohnortnahe Versorgung für psychisch Kranke und Ausbau der Suchthilfe

Im Kommunalunternehmen (KU) Bezirkskliniken Mittelfranken, mit rund 1700 Betten eines der größten kommunalen Krankenhäuser in der Region, versorgen rund 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich ca. 50.000 PatientInnen in stationären, teilstationären und ambulanten Bereichen. Die Standorte Ansbach, Engelthal und Erlangen umfassen die Bereiche Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik, Neurologie, geriatrische Rehabilitation, Ansbach und Erlangen forensische Psychiatrie.

Psychisches Erkrankungen und Suchterkrankungen nehmen zu,

Lesen Sie weiter auf Seite 6

Anzeige



## Werkstätten: Messe 2016

Fachmesse für berufliche Rehabilitation und Leistungsschau der Werkstätten für behinderte Menschen

[werkstaettenmesse.de](http://werkstaettenmesse.de)

### Profitable Ideen für unternehmerische Sozialverantwortung

Zertifizierte Qualität und individuelle Beratung kennzeichnen die Aussteller der Werkstätten: Messe. Entdecken Sie in kürzester Zeit das vielfältige Angebot der Werkstätten und profitieren Sie von:

- flexiblen und termintreuen Dienstleistungen für die verschiedensten Branchen,
- der ermäßigten Umsatzsteuer von 7 % und
- den vorteilhaften Regelungen der Ausgleichsabgabe nach § 140 SGB IX.

BesucherService: Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 22, [besucherservice@nuernbergmesse.de](mailto:besucherservice@nuernbergmesse.de)

 **BAG WfbM**  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
Werkstätten für behinderte Menschen e.V.

 **NÜRNBERG MESSE**





## Kolumne

## Kommunen dürfen nicht auf Integrationskosten sitzenbleiben

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Forderungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik aus der CSU-Parteizentrale in die Republik hinausgeblasen werden; dabei geht es jetzt doch in erster Linie darum, dass das Asylpaket II umgesetzt wird. Und in der so erzeugten öffentlichen Aufregung geht unter, dass es die Kommunen sind, die die vielen Flüchtlinge unterbringen, versorgen und betreuen. Sie leisten dabei hervorragende Arbeit und planen schon jetzt vorausschauend für die Zukunft, wenn über das Bleiberecht der Flüchtlinge entschieden ist und viele von ihnen dauerhaft bei uns bleiben.

Statt im Entwurf der Staatsregierung Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen und mit schwammigen Formulierungen über bußgeldbewehrte „demonstrative Regelverstöße“ und „Verunglimpfungen“ zu schwadronieren, fehlt es in diesem Gesetz an echten Lösungen für die riesige Herausforderung der Integration. Dafür soll eine Schwimmbadklausel den Kommunen das Recht geben, sich von „nicht freizügigkeitsberechtigten“ Ausländern bestätigen zu lassen, dass diese über Anstandsregeln belehrt wurden.

Bayerns Kommunen beweisen täglich, dass sie Integration können. Zu Recht weist Städtetagschef Uli Maly darauf hin, dass das aber nicht zum Nulltarif funktioniert und warnt vor einer kalten Kommunalisierung der Integrationskosten. Unterkunft, Kinderbetreuung, Schule, Sprachkurse und vielfältige Integrationsangebote vor Ort belasten die kommunalen Haushalte und es muss in die Zukunft investiert werden, es müssen z.B. Schulen und Kindertagesstätten gebaut oder erweitert werden. Hier ist es dringend notwendig, die staatlichen Fördersätze deutlich zu erhöhen. Denn unsere Kommunen dürfen nicht auf diesen Kosten sitzenbleiben. Auch nicht auf den Kosten für unbegleitete Flüchtlinge über 18 Jahren. Die einhellige und parteiübergreifende Forderung der Bayerischen Bezirke an den Freistaat, die dafür entstehenden 100 Millionen Euro im Jahr zu übernehmen, lässt die Staatsregierung an sich abprallen. Einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion hat die CSU in der letzten Plenarsitzung im Februar abgelehnt. Durch diese Entscheidung werden nicht nur die Bezirke, sondern alle Kommunen über die Bezirksumlage zu Unrecht belastet.

**Dr. Paul Wengert**, MdL, Kommunal- und Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

## SPD-Fraktion steht an der Seite der Kommunen

Kommunalexperte Wengert: Wohnungsbau und Integration als große Herausforderungen – Haushaltspolitiker Knoblauch warnt vor „kalter Kommunalisierung“



v.l.: Harry Scheuenstuhl (MdL), Volkmar Halbleib (MdL), Klaus Adelt (MdL), Herbert Eckstein (Landrat Landkreis Roth), Günther Knoblauch (MdL), Ulrich Maly (Oberbürgermeister Nürnberg), Natascha Kohnen (MdL), Peter Paul Gantzer (MdL), Paul Wengert (MdL)

Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Fraktion unterstützt die Kommunen bei ihrem Kampf für eine leichtere Förderung von Wohnungsbau. Die derzeitigen Richtlinien, wonach städtische Wohnungsgesellschaften von der Förderung durch den Wohnungspakt Bayern ausgeschlossen sind, sei „völlig weltfremd“, kritisierte der Kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Paul Wengert, nach einem Gespräch mit dem Präsidenten des Bayerischen Städtetages und Nürnberger Oberbürgermeister Uli Maly sowie weiteren Spitzenvertretern kommunaler Verbände. Wengert mahnt: „Wohnungsbau ist die derzeit wichtigste Aufgabe in den Ballungszentren. Die Kommunen sind dazu bereit. Sie dürfen nicht durch solche bürokratischen Hindernisse ausgebremst werden.“

Im Stich gelassen sehen sich die Kommunen von Bund und Freistaat bei der Bewältigung der Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise, wie auch der Vizepräsident des Landkreistags, Herbert Eckstein, und der

Vizepräsident des Gemeindetags, Thomas Zwingel, deutlich machten. Der SPD-Haushaltspolitiker Günther Knoblauch wirbt hier ebenfalls für einen angemessenen Ersatz der Finanzausgaben: „Die Kommunen sind die Instanz, bei der unmittelbar die Integration geleistet wird. Das betrifft unter anderem die Unterbringung, die Hilfe beim Ankommen in unserer Gesellschaft und die Ausgaben für die Jugendhilfe. Was derzeit hier läuft ist eine ‚kalte Kommunalisierung‘. Doch das überfordert die Städte, Gemeinden und Landkreise. Sie dürfen nicht auf den immensen Kosten sitzenbleiben.“

### Impressum Herausgeber

Dr. Paul Wengert, MdL, Kommunal- und Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion  
**V.i.S.d.P.**  
Gregor Schneider, Geschäftsführer der SPD-Fraktion,  
Bayerischer Landtag, 81627 München  
Tel.: (089) 41 26 22 70

## SPD erzielt Entlastung der Bürgerinnen und Bürger

Landtag folgt SPD-Initiative zum Straßenausbaubeitragsrecht – Kosten für Anlieger in Zukunft deutlich geringer. Andere Landtagsfraktionen legten in weiten Teilen übereinstimmende Gesetzentwürfe vor

„Die SPD hat hier die Initiative ergriffen, denn es geht um das Geld der Bürgerinnen und Bürger und zwar um viel Geld. Es ist sehr schade, dass sich die CSU einer gemeinsamen einvernehmlichen Regelung verschlossen hat“, ärgert sich Kommunalexperte Wengert. Daher seien neue Streitfälle vorprogrammiert. Auch Klaus Adelt, Fraktionssprecher für die Daseinsvorsorge, betont die Urheberschaft der SPD: „Die anderen Fraktionen im Landtag haben unseren Entwurf mehr oder weniger detailgetreu übernommen und sind mit eigenen Gesetzentwürfen nachgezogen. Hauptsache aber ist, dass wir unser Anliegen zugunsten aller weitestgehend durchbringen konnten.“ Der SPD-Gesetzentwurf, dessen For-

derungen die anderen Parteien nun folgen, sieht vor, dass als Alternative zu den bisher einmalig erhobenen, in einzelnen Fällen sehr hohen Straßenausbaubeiträgen, sogenannte wiederkehrende Beiträge eingeführt werden. Das bedeutet, dass die für den Straßenausbau anfallenden Kosten jährlich auf alle Anlieger in der Gemeinde bzw. ihren Ortsteilen umgelegt werden. „Dadurch können die Lasten für den einzelnen Beitragsschuldner um ein Vielfaches reduziert und damit sozialverträglich gestaltet werden“, erklärt Adelt.

Die Bürger sollen zudem rechtzeitig über Art, Umfang und Kosten der geplanten Maßnahme informiert werden. „Frühzeitige Informationen

schaffen Akzeptanz und ermöglichen es den Betroffenen, sich auf die Beitragszahlungen rechtzeitig einzustellen“, unterstreicht Adelt. Außerdem sollen künftig Eigenleistungen der Gemeinde, die sie anstelle beauftragter Unternehmen oder Planungsbüros mit eigenen Kräften erbringen sowie kommunale Sachleistungen bei der Beitragsberechnung berücksichtigt werden. Dadurch sinken die Baukosten und somit die Beiträge für die Anlieger. Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion sind Grundstücks- und Wohneigentümer künftig vor manch unliebsamen, mitunter sogar ruinösen Infrastrukturkosten gefeit. Streitgegenstand sind die sogenannten Straßenausbaubeiträge. Diese werden fällig, wenn eine Stra-

ße grunderneuert oder ausgebaut wird. Grundstücksbesitzer müssen sich daran bislang noch mit oftmals enorm hohen Summen beteiligen. Nach langem Drängen der SPD hat der Landtag Ende Februar eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) beschlossen, die die Betroffenen deutlich entlastet.

Die SPD-Fraktion, namentlich der Kommunalpolitische Sprecher Dr. Paul Wengert und sein Kollege Klaus Adelt, zuständig für die kommunale Daseinsvorsorge, hatte bereits vor Jahresfrist eine Befassung des Landtags mit dem Thema Straßenausbaubeiträge durchgesetzt und als erste Fraktion Mitte Juli 2015 einen Gesetzentwurf vorgelegt.

## Grenzüberschreitender Rettungsdienst mit Tschechien ist überfällig

SPD kämpft erfolgreich für Bericht der Staatsregierung  
Klaus Adelt: Bei Einsätzen in Grenznähe muss eine übergreifende Zusammenarbeit endlich möglich gemacht werden

Die Zusammenarbeit zwischen tschechischen und bayerischen Rettungskräften ist dank der SPD im Landtag auf einem guten Weg: Im Kommunalausschuss wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der die Staatsregierung verpflichtet, über die Fortschritte Auskunft zu erteilen. „Das Zugangsglück in Bad Aibling hat gezeigt, wie wichtig solche Vereinbarungen sind – die Zusammenarbeit mit Österreich hat da wunderbar funktioniert, für eine entsprechende Regelung mit Tschechien ist es höchste Zeit“, betont der oberfränkische Abgeordnete Klaus Adelt. „Jetzt müssen schnell die nötigen Fragen geklärt werden: Wer übernimmt zum Beispiel die Kosten, wenn ein deutscher Ret-

tungswagen nahe der Grenze zu einem Einsatz in Tschechien gerufen wird? Auch viele Versicherungsfragen sind unklar: Etwa wenn ein deutscher Rettungswagen in Tschechien mit Blaulicht bei Rot über die Ampel fährt und einen Unfall verursacht.“

Es sei sehr erfreulich, dass sich die CSU in dieser Frage bewege und die Staatsregierung jetzt endlich Bericht erstatten müsse, erklärt Adelt: „Bereits Mitte 2014 ist ein Rahmenvertrag mit der Tschechischen Republik in Kraft getreten. Sachsen hat dieses Abkommen längst unterschrieben. Bei Großgefahrenlagen wie in Bad Aibling möchte ich mir gar nicht ausmalen, welche Proble-



Klaus Adelt

Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion

me und Hindernisse für einen geordneten Rettungseinsatz im tschechischen Grenzraum auftauchen würden. Hier wäre beispielsweise

eine bayerisch-tschechische Task Force denkbar, um schnell reagieren zu können“, unterstreicht der Oberfranke.



weiter von Seite 3

auch bei Kindern und Jugendlichen. Die SPD dringt daher auf wohnortnahe Behandlungsmöglichkeiten. Am Klinikum Ansbach musste in den letzten Jahren – auch wegen fehlender Versorgung im ambulanten Bereich – die Kinder- und Jugendpsychiatrie ausgebaut werden. In den vergangenen Jahren wurden psychiatrische Tageskliniken und Ambulanzen in Fürth, Weißenburg, und Neustadt a. d. Aisch aufgebaut. Zum KU gehört neben zwei Wohnheimen für psychisch Kranke in Ansbach und Uttenreuth auch die Substitutionsambulanz in Nürnberg. Wegen fehlender Kapazitäten wurde das KU im Herbst 2015 mit der Einrichtung einer weiteren Substitutionsambulanz in Erlangen beauftragt. Außerdem wird auf Antrag der SPD geprüft, wie und wo Behandlungsplätze für den Entzug suchtkranker Kinder und Jugendlicher geschaffen werden können. In ganz Nordbayern gibt es dafür keine Kapazitäten.

Als Ergänzung des Versorgungsnetzes und wegen der hohen Zahl der Drogentoten in Nürnberg fordert die SPD-Fraktion im Rahmen eines Modellprojektes die Erprobung eines Drogenkonsumraums. Der Bezirkstag hat im Juli 2015 im Maximilianeum in München dazu ein Expertenhearing durchgeführt. Wichtigstes Ergebnis: Drogenkonsumräume helfen, die Zahl der Drogentoten zu verringern und den Suchtkranken Ausstiegshilfen nahe zu bringen. Leider ist eine Zustimmung des bayerischen Gesundheitsministeriums zur Durchführung eines Modellprojektes derzeit (noch) nicht erkennbar. Hier heißt es dran bleiben. 2016 wird ein „Runder Tisch Sucht“ unter Leitung der stellvertretenden Bezirkstagspräsidentin eine aktuelle Situationsanalyse erstellen sowie kurz- und mittelfristige Maßnahmen konkretisieren.

Der Bezirk setzt auf den Ausbau der ambulanten Hilfen und finanziert in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Mittelfranken Suchtberatungsstellen und Sozialpsychiatrische Dienste, ist Träger des Sozi-



Messestand des Bezirks Mittelfranken auf der Werkstätten-Messe

Foto: Bezirk Mittelfranken

alpsychiatrischen Dienstes für Stadt und Landkreis Fürth und hält nachts und am Wochenende rund um die Uhr den telefonischen Krisendienst Mittelfranken vor.

Der Ausbau der ambulanten Versorgung geht nach einem finanzpolitisch motivierten Ausbaustop von 2010 bis 2013 seit 2014 zwar weiter; allerdings in kleinen Schritten. Auf Antrag der SPD-Fraktion soll das Verfahren zur Bedarfsermittlung einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Wünschenswert wäre ein in allen Bezirken einheitliches transparentes Verfahren zur Bedarfsermittlung auf der Grundlage gleicher Kriterien.

### Bildung sichert Zukunft

Der Bezirk Mittelfranken hat im Bezirkevergleich den größten Anteil an Schulen und Bildungseinrichtungen, was sich sowohl im laufenden Sachaufwand als auch bei den Investitionen für Umbau- und Sanierungsmaßnahmen niederschlägt. Rund 4000 junge Menschen und etwa 5300 Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer besuchen pro Schuljahr folgende Einrichtungen:

- Zentrum für Ausbildungsberufe an den Bezirkskliniken Mittelfranken

- Berufsfachschule für Musik in Dinkelsbühl
- BBS Nürnberg – Das Bildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte
- Das Zentrum für Hörgeschädigte
- Das Zentrum für Körper- und Sprachbehinderte
- Ein Dach, drei Einrichtungen: Die Maschinenbauschule Ansbach (Berufsfachschule für Maschinenbau, Fachschule für Maschinenbautechniker, Fachakademie für Medizintechnik)
- Berufsbildungswerk Nürnberg für Hör- und Sprachgeschädigte mit Berufsschule
- Berufsausbildungswerk Mittelfranken mit Berufsschulen
- Schule für Kranke am Bezirksklinikum Ansbach
- Landwirtschaftliche Lehranstalten Triesdorf: Bildungszentrum für Landwirtschaft und Umweltsicherung

In der Berufsausbildung arbeitet der Bezirk mit mehreren hundert Betrieben aus allen Branchen in ganz Mittelfranken zusammen. Inklusion und demografische Entwicklung führen zu tendenziell sinkenden Schülerzahlen. Die Schulen entwickeln daher im Sinne der Inklusion ihr Selbstverständnis als Förder- und Kompetenzzentren in

der Zusammenarbeit mit den Regelschulen in der Region weiter. Das Berufsbildungswerk Nürnberg/Ansbach für Hör- und Sprachgeschädigte und das Berufsausbildungswerk werden derzeit zu einer Einrichtung zusammengeführt.

### Der Bezirksjugendring Mittelfranken

Der Bezirksjugendring (BezJR) vernetzt derzeit 34 Jugendverbände und zwölf Stadt- und Kreisjugendringe mit rund 240.000 Kindern und Jugendlichen. Mit dem Kinder- und Jugendprogramm, zuletzt 2012 fortgeschrieben und vom Bezirkstag beschlossen, definieren Bezirk und BezJR inhaltliche und finanzielle Schwerpunkte in der Jugendpolitik. Der BezJR veranstaltet mit finanzieller Unterstützung des Bezirkes das kulturelle Kreativ- und Integrationsprojekt „mischen!“ und stellt für die örtliche Jugendarbeit die intensiv genutzte Medienfachberatung zur Verfügung, die auch das jährliche Kinder- und Jugendfilmfestival organisiert. Seit 2015 – endlich! – hat der Bezirk einen Populärmusikbeauftragten.

## Mittelfranken: Die heterogene Kulturregion

Der Blick auf 1500 Jahre Migrationsgeschichte im Rahmen der Bezirksausstellung 2015 „Fremde in Franken – Migration und Kulturtransfer“ zeigt(e), dass auch die Franken keineswegs schon immer in „ihrem“ Land lebten. Sie sind ebenso zugewandert wie viele andere Bevölkerungsgruppen vor und nach ihnen. Mittelfranken ist also nicht nur der am dichtest besiedelte bayerische Bezirk; er ist auch historisch, kulturell und strukturell die heterogenste Region Bayerns

Das Fränkische Freilandmuseum (FLM) des Bezirks Mittelfranken in Bad Windsheim bildet diese Vielfalt gut ab; es hat sich seit seiner Eröffnung im Jahr 1982 bundesweit zu einem Leuchtturmprojekt unter den Museen dieses Genres entwickelt. Seit mehr als zehn Jahren ist das Museum außerdem Bühne für das

Freilandtheater, einem Kooperationsprojekt von Profi-Schauspielern und Laiendarstellern.

Neben der Förderung der Kulturarbeit „vor Ort“ betreibt der Bezirk neben dem FLM eine Reihe eigener Einrichtungen, Veranstaltungsformate und Kooperationsprojekte: Bezirksheimatpflege, die Forschungsstelle für fränkische Volksmusik in Uffenheim, die Trachtenforschungs- und Beratungsstelle (demnächst am neuen Standort Stein bei Nürnberg) und die Musikreihe Fränkischer Sommer.

Mit der Limesfachberatung beteiligt sich der Bezirk an der Weiterentwicklung des einzigen UNESCO-Weltkulturerbeprojektes in Mittelfranken, zu dem das Limes-Informationszentrum in Weißenburg, der Römerpark Ruffenhofen und das 2012 eröffnete

Limesseum gehören. Der Bezirk Mittelfranken vergibt jährlich den Wolfram-von-Eschenbach-Preis sowie alle zwei Jahre den von Otto und Hildegard Grau gestifteten Otto-Grau-Kulturpreis zur Würdigung und Förderung künstlerischer Leistungen in allen Kultursparten.

### Jüdische Geschichte und Kultur in Franken

Franken ist mit seiner reichhaltigen jüdischen Vergangenheit und seinen zahlreichen jüdischen Gemeinden von jüdischer Kultur stark geprägt.

Der Bezirk fördert die Pflege dieses Erbes. Das Jüdische Museum Franken vermittelt in Fürth, Schnaittach und Schwabach die Vielfalt jüdischen Lebens. Dem Trägerverein gehören der Bezirk Mittelfranken, die Städte Fürth und Schwabach, der Landkreis Nürnberger Land und die

Marktgemeinde Schnaittach an. In der Tagungs- und Publikationsreihe „Franconia Judaica“ stellen Fachleute und WissenschaftlerInnen ihre Forschungsarbeiten und Ergebnisse aus den Bereichen Geschichte und Kultur der Juden in Franken vor.

### Natur, Umwelt und das Seenland

Der Bezirk unterhält die Fachberatung für das Fischereiwesen und finanziert die Geschäftsstelle des Landschaftspflegeverbandes (LPV) Mittelfranken. Im LPV arbeiten Landwirtschaft, Kommunen, Naturschutz- und Umweltverbände projektorientiert zusammen. Er leistet umwelpädagogische Arbeit und ist u.a. Träger des Konversionsprojektes „Urwildpferde als Landschaftspfleger“ im Tennenloher Forst bei Erlangen auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz der US-Army.

Anzeige



**JETZT kostenlos Probelesen!**

DEMO als Zeitung im neuen Format

Probeabonnement für 3 Ausgaben jetzt kostenlos bestellen:

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)  
☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei und läuft automatisch aus.

**DEMO**  
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK





Seit 2001 der Sitz der Verwaltung des Bezirks: das Bezirksrathaus in Ansbach

Foto: Bezirk Mittelfranken

Der Bezirk ist Mitglied der Interessengemeinschaft Regionalbewegung Mittelfranken und unterstützt deren Arbeit finanziell und mit eigenen Aktivitäten.

Viele in der Regionalbewegung Tätige sehen in TTIP eine Gefahr für Bestand und Zukunft der Regionalbewegung. Die SPD-Fraktion hat sich im März 2015 erfolgreich dafür stark gemacht, im Bezirkstag eine Resolution zur Ablehnung von TTIP zu verabschieden.

Der Bezirk Mittelfranken ist Träger der Landwirtschaftlichen Lehran-

stalten (LLA) in Triesdorf. Mit dem Bezirkslehrgut und dessen Bereichen Tierhaltung, Pflanzenanbau und Versuchswesen, Landtechnik und erneuerbare Energien unterhält der Bezirk eine europaweit renommierte Bildungseinrichtung für Landwirtschaft, Umweltsicherung und Förderung regenerativer Energien.

Zu Mittelfrankens Süden gehört seit rund 30 Jahren das neu entstandene Fränkische Seenland. 2000 Hektar zählt die Stauseenlandschaft mit dem Brombach-, Roth- und Altmühlsee.

Der Bezirk ist Mitglied im Seenzweckverband und hat in die Seeninfrastruktur bisher 33 Millionen Euro investiert. Die Stauseen sollen die Region während der typischen Trockenperioden vor Wassermangel schützen. Jährlich werden 150 Millionen Kubikmeter Wasser aus Altmühl und Donau durch die Seen nach Franken geleitet. Längst ist aus dem Seenland auch eine beliebte Freizeit- und Urlaubsregion geworden.

### **Partnerschaften: Für Frieden und Völkerverständigung in Europa**

Seit 19995 unterhält der Bezirk eine Partnerschaft mit der Region Limousin in Frankreich, der in den Jahren 1981, 1989 und 1994 Vereinbarungen mit den Departements Haute-Vienne, Creuse und Corrèze vorausgegangen waren. Diese Partnerschaft ändert sich derzeit durch die Neustrukturierung der französischen Regionen. Seit 2000 besteht eine Partnerschaftvereinbarung mit der Woiwodschaft Pomorskie in Polen. Aus diesen Verbindungen entstand 2001 die erste tri-regionale Partnerschaft. Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass das Netz für Frieden und Völkerverständigung in Europa durch Kontakte mit Tschechien ergänzt werden wird.

### **SPD-Fraktion aktiv gegen Rechts**

Nürnberg, heute europa- und weltweit als Stadt der Menschenrechte aktiv, war von 1933 bis 1945 Zentrum faschistischer Machtdemonst-

rationen. Mittelfranken ist nicht erst seit Beginn des 3. Jahrtausends leider wieder Aktionsfeld und Tatort rechtsextremistischer Umtriebe und Gewalttaten. Die SPD-Fraktion sieht sich daher in der Pflicht, auch im Bezirkstag immer wieder auf deutliche Signale gegen Rechtsextremismus hinzuwirken. Auf unsere Initiative hin hat der Bezirk ein Hearing zum Rechtsextremismus in Mittelfranken durchgeführt. Über den Bezirksjugendring unterstützt der Bezirk die Arbeit von DokuPäd, der Einrichtung für politische Bildung für Kinder und Jugendliche des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände.

Der Bezirk ist Mitglied in der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken und in der Allianz gegen Rechtsextremismus. Denn: Die Zivilgesellschaft muss die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus führen. Die Kommunen und ihre politischen Gremien müssen den Bürgerinnen und Bürgern mit gutem Beispiel und klarer Positionierung vorangehen.

#### **IMPRESSUM**

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
SGK Bayern e.V.,  
Oberanger 38/II, 80331 München  
Svenja Bille, V.i.S.d.P.

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel

**Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld